

THORSTEN GLAUBER

UNSERE WOCHE IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

eine ereignisreiche Woche liegt hinter uns: Nachdem wir am Sonntagabend das positive Votum für Olympische und Paralympische Spiele in München bejubeln konnten, stand am Montagabend der nächste Parlamentarische Abend an: Gemeinsam mit Medienschaffenden aus ganz Bayern haben wir darüber diskutiert, wie wir dem privaten Lokalfunk in Bayern angesichts der aktuellen Herausforderungen und rückläufiger Hörerzahlen den Rücken stärken können.

Die Plenarsitzung am Mittwoch nutzten wir Parlamentarier zunächst, um im Rahmen eines Gedenkaktes an achzig Jahre Flucht und Vertreibung zu erinnern. Außerdem brachten wir zwei Dringlichkeitsanträge ins Plenum ein. In dem einen fordern wir mutige Modellregionen für weniger Bürokratie und mit dem anderen sagen wir dem Fachkräftemangel in der Pflege den Kampf an.

Denn der Mangel an Fach- und Hilfskräften in der Pflege ist dramatisch: Seit Jahren fehlt es an professionell Pflegenden – schätzungsweise 100.000 in Krankenhäusern und 120.000 in der stationären Langzeitpflege. Bis zum Jahr 2035 könnte sich die Versorgungslücke auf insgesamt knapp 500.000 Fachkräfte vergrößern. Das wollen wir um jeden Preis verhindern.

Und weil Unternehmen, Ehrenamt und Kommunen unter immer neuen Melde-, Dokumentations- und Statistikpflichten ächzen, wollern wir mit gezielten Modell- und Testregionen erproben, welche Auswirkungen sich aus Abweichungen von staatlichen Vorgaben für eine begrenzte Zeit ergeben. Ziel ist es, Verantwortlichkeiten konsequent zurück in die Regionen zu geben und übermäßige Kontrolllasten abzubauen.

Mehr zu all diesen Themen und Initiativen erfahren Sie in diesem Newsletter.

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!



IN DIESEM NEWSLETTER

**FÜR MEHR EIGEN-
VERANTWORTUNG**

**WIR SAGEN DEM
FACHKRÄFTEMANGEL IN DER
PFLEGE DEN KAMPF AN**

**UNSER SIGNAL FÜR MEHR
BÜRGER-BETEILIGUNG**

Unser Dringlichkeitsantrag: Mehr Eigenverantwortung statt staatlicher Überregulierung

Wir sind überzeugt: Wir brauchen endlich mehr Zutrauen in die Kompetenz vor Ort. Zu viele Entscheidungen werden künstlich verkompliziert, obwohl Kommunen und Betriebe selbst am besten wissen, was funktioniert. Die in unserem Dringlichkeitsantrag geforderten Modellregionen ermöglichen praxistaugliche Lösungen ohne lähmende Überregulierung – genau dort, wo Menschen Verantwortung tragen. Für uns ist Bürokratieabbau dabei nicht nur ein Schlagwort, sondern harter Standortfaktor – und begründet: Laut einer Studie des ifo Instituts entgehen Deutschland wegen überbordender Bürokratie jedes Jahr bis zu 146 Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung – das ist ein deutliches Warnsignal. Daher braucht es mehr Freiräume, um unbürokratische Verfahren im Realbetrieb zu testen, bevor sie bayernweit ausgerollt werden. Dabei möchten wir ganz bewusst abweichen – etwa beim Aussetzen von Mitteilungs-, Statistik- oder Dokumentationspflichten. So wollen wir zeigen, dass Verwaltung auch einfacher und effizienter funktionieren kann. Mehr [HIER](#).

Unser Antrag: Billigimporte von Honig stärker bekämpfen!

Die Marktverzerrung durch extrem günstige Importhonige, die vielfach nicht den Qualitätsstandards für heimische Honige entsprechen, ist besorgniserregend. Die bestehende EU-Honigrichtlinie bietet bislang keine ausreichende Handhabe – insbesondere in Bezug auf die genaue Herkunftskennzeichnung sowie die Definition der Produktreinheit. Trotz unserer zahlreichen Bemühungen auf Landes-, Bundes-, und EU-Ebene sehen sich heimische Imker weiterhin einem massiven Preisdruck durch Billigimporte ausgesetzt. Ein erheblicher Teil dieser Ware steht im Verdacht, gestreckt zu sein – etwa durch Beimischung von Zucker-, Reis- oder Maissirup. Das bedroht die Wettbewerbsfähigkeit heimischer, qualitativ hochwertiger Honige. Wir setzen uns daher weiterhin mit Nachdruck dafür ein, dass die Methodik zur Bestimmung der Honigauthentizität erstrangig und zeitnah weiterentwickelt wird. Auf diese Weise sollen auch geringe Beimischungen von Zucker- oder Stärkesirup nachgewiesen werden können. Dazu müssen die erforderlichen Referenzlabore mit der gebotenen Eile geschaffen werden. Außerdem fordern wir eine Anpassung der deutschen Rechtsetzung: Künftig sollen ausschließlich Verkaufsstellen Honig vermarkten dürfen, die lückenlos bescheinigen können, dass in ihrer Wertschöpfungskette nur das Naturprodukt Honig verwendet wurde. Mehr [HIER](#).

Unser Dringlichkeitsantrag: Bayerisches „Fast-Lane“-Projekt ist Erfolgsmodell

Die Gründe für den zunehmenden Personalmangel in der Pflege sind vielfältig. Zeitmangel ist ein großes Problem, da er Pflegekräften und Hebammen nicht erlaubt, ihre Arbeit so auszuführen, wie es fachlich erforderlich ist und ihrem professionellen Anspruch entspricht. Hinzu kommen das Fehlen einer verlässlichen Dienstplanung sowie unattraktive Arbeitszeiten, die sowohl die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als auch die Work-Life-Balance enorm erschweren. In der Folge gibt es nicht genug Neueinsteiger. Außerdem reduzieren viele Pflegekräfte und Hebammen ihre Arbeitszeit, sodass die Teilzeitquote im Pflegebereich aktuell bei 65 Prozent liegt.

Allein mit inländischen Kräften kann der immense Bedarf nicht gedeckt werden. Wir brauchen Migration, um dem sich immer weiter verschärfenden Fachkräftemangel zu begegnen. Das bayerische „Fast-Lane“-Projekt ist dabei ein absolutes Erfolgsmodell – das zeigt die Zwei-Jahres-Bilanz eindrucksvoll. Seit dem Start am 1. Juli 2023 konnten bereits mehr als 1.000 Anträge auf Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen positiv entschieden werden.

Es braucht aber noch mehr. Wir fordern verlässliche Arbeitszeitmodelle mit planbaren Urlaubs- und Freizeiten – beispielsweise durch Springerpools sowie Sicherstellung ihrer

Finanzierung. Außerdem müssen Vereinbarungen hinsichtlich der Arbeitszeiten – insbesondere zu Nachtzeiten, an Wochenenden und an Feiertagen – zwischen Stammbesatz und Leiharbeitskräften angeglichen werden. Auch den Ausbau der Digitalisierung gilt es konsequent voranzutreiben – gerade im Bereich der elektronischen Patienten- und Bewohnerdokumentationen. Auf diese Weise können wir Fachkräfte in der Pflege nachhaltig entlasten und den Beruf attraktiver gestalten.

Mehr [HIER](#).



Nach erfolgreichem Olympia-Bürgerentscheid: Unser starkes Signal für noch mehr Bürgerbeteiligung

Den großen Zuspruch für Olympische und Paralympische Spiele in München sehen wir als klaren Auftrag zur Stärkung der Bürgerbeteiligung. Der Bürgerentscheid ist ein Etappensieg für Olympia in München, aber ein deutlicher Sieg für die direkte Demokratie in Bayern. Das Ergebnis zeigt, was möglich ist, wenn Bürgerinnen und Bürger aktiv in politische Entscheidungen einbezogen werden. Die hohe Wahlbeteiligung und das klare Votum bestätigen unsere Überzeugung: Lebendige Bürgergesellschaft und aktive Beteiligung an Entscheidungen sind für eine funktionierende Demokratie unerlässlich. Und je höher die Wahlbeteiligung, desto größer ist die Akzeptanz der Entscheidung und die Identifikation mit dem Projekt.

Im Münchner Bürgerentscheid sehen wir auch einen durchschlagenden Erfolg für die Briefwahl. Der bundesweit erste Versand von Briefwahlunterlagen ohne vorherigen Antrag führte zu einer bemerkenswert hohen Briefwahlquote von mehr als 86 Prozent. Das unterstreicht deutlich das Potenzial dieses Instruments zur Stärkung demokratischer Teilhabe. Um die Bürgerbeteiligung weiter zu fördern, fordern wir nun konkrete Maßnahmen: Wir möchten Kommunen die Wahlfreiheit ermöglichen, Bürger- und Ratsentscheide entweder mittels Wahlurne oder ausschließlich per Briefwahl durchzuführen. Erfahrungen aus den Kommunalwahlen während der Corona-Pandemie zeigen eindeutig, dass dies problemlos realisierbar ist, während gleichzeitig Bürokratie abgebaut und weniger Personal benötigt werden.

Darüber hinaus plädieren wir für eine umfassende Digitalisierung der Bürgerbeteiligung. Wir setzen uns ein für eine einheitliche Bürger-ID nach estnischem Vorbild, die eine einfache und sichere Online-Abgabe von Stimmen ermöglicht. Das würde die Effizienz steigern, Kosten senken und Bürgerbeteiligung endlich ins 21. Jahrhundert führen. Mehr [HIER](#).

80 Jahre Flucht und Vertreibung: Dank an Heimatvertriebene für Aufbauleistung und Versöhnungsbereitschaft

Millionen Menschen haben in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Heimat verloren – ein Leid, das bis heute nachwirkt. Beim Gedenkakt im Bayerischen Landtag haben wir deshalb unseren Einsatz für Erinnerung, historische Verantwortung und den Schutz der Menschenwürde bekräftigt. Denn die Heimatvertriebenen sind nicht nur Opfer von Unrecht geworden, sondern zugleich zu aktiven Motoren des Wiederaufbaus in Bayern und Deutschland. Sie trugen durch Fleiß und gesellschaftliche Integration entscheidend zur demokratischen Stabilisierung der Nachkriegszeit bei – und legten damit ein Fundament für die heutige Versöhnungsarbeit über Grenzen hinweg. Diese Lebensleistung sichtbar zu halten und nachfolgenden Generationen zu vermitteln, ist unser zentrales Anliegen. Außerdem gewinnt die historische Erfahrung von Verlust, Ankommen und Aussöhnung angesichts einer äußerst unruhigen Weltlage und wachsender politischer Spannungen wieder größere Bedeutung. Mehr [HIER](#).

Ergebnis des Kommunalen Finanzausgleichs 2026 steht

Der Freistaat stärkt die Kommunen durch eine kräftige Finanzspritze von rund 850 Millionen Euro, der Kommunalanteil am Steuerverbund steigt von 13,0 Prozent auf 13,3 Prozent in 2026 und 13,5 Prozent in 2027. Damit tun wir als Staatsregierung alles, was nur denkbar ist, um die Kommunen in die Lage zu versetzen, ihre immer größeren Ausgaben, vor allem auch im Sozialbereich bedienen zu können – ohne die Investitionen deutlich reduzieren zu müssen, was wiederum die Wirtschaft abwürgen würde.

Mit einem Aufwuchs von 846 Millionen Euro regulär und 3,9 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen des Bundes stößt der kommunale Finanzausgleich in neue Dimensionen vor: Der Betrag von 3,9 Milliarden Euro ist für Investitionen innerhalb der nächsten vier Jahre vorgesehen, kann aber bereits jetzt in vollem Umfang abgerufen werden. Das verschafft den Kreisen, Städten und Gemeinden, insbesondere aber auch den Bezirken die nötige Handlungsfreiheit. Der Freistaat Bayern bekennt sich somit in finanzpolitisch äußerst herausfordernden Zeiten zu seiner Verantwortung gegenüber den Kommunen, auch wenn dies für den Landeshaushalt noch größte Sparanstrengungen erfordert.

Die aktuelle Finanzlage macht es insgesamt erforderlich, dass weiterhin bestehende Standards und kostspielige Bürokratie auf den Prüfstand zu stellen sind. Insbesondere sind die explodierenden Kosten durch das Bundesteilhabegesetz, die als Pflichtaufgaben bei den Bezirken ankommen, so nicht mehr leistbar. Hier brauchen wir deutliche Veränderungen. Ein „Weiter so“ führt absehbar dazu, dass die Erfüllung staatlicher Aufgaben mindestens teilweise gefährdet ist. Mehr [HIER](#).

Parlamentarischer Abend „Privater Lokalrundfunk in der Krise“: Wir stärken der Medienlandschaft den Rücken

Der private Lokalrundfunk in Bayern steht vor großen Herausforderungen: Seit etwa zehn Jahren sind die Hörerzahlen rückläufig; zwischen 2021 und 2025 ging die Tagesreichweite laut BLM-Funkanalyse von knapp 27 Prozent auf rund 22 Prozent zurück. Beim Parlamentarischen Abend „Privater Lokalrundfunk in der Krise“ haben wir mit Vertretern der bayerischen Lokalradios über Wege aus der Krise und notwendige politische Impulse diskutiert. Auf dem Podium sprachen unter anderem der Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien Dr. Thorsten Schmiede, der Vorstandsvorsitzende des Verbands Bayerischer Lokalrundfunk Falk Zimmermann und Dr. Bernhard Hock, Vorstandsvorsitzender der Vereinigung Bayerischer Rundfunkanbieter.

Zum Hintergrund unseres Austauschs: Die privaten Lokalmedien – nicht nur in Bayern – durchleben wirtschaftlich harte Zeiten. Die Sender leben von Werbeeinnahmen, die aber wegen Wirtschaftsflaute und Streaming-Boom wegbrechen. Allerdings sind lokale Medien für die freie Meinungsbildung in unserem demokratischen Staatswesen unverzichtbar. Deshalb dürfen wir nicht tatenlos zusehen, wie eine lebendige und vielfältige private Medienlandschaft Stück für Stück aushungert. Auch angesichts von KI, Fake News und Desinformation braucht es einen vitalen Lokaljournalismus, der die Meinungsfreiheit und -vielfalt vor Ort stärkt.

Bei unserem Parlamentarischen Abend haben wir daher unsere Forderung nach einer Digitalabgabe, deren Einnahmen zur Stützung des lokalen Mediensystems genutzt werden sollen, erneuert. Entscheidend ist dabei eine kluge Ausgestaltung: Neue Handelskonflikte gilt es zu vermeiden, und langfristig müssen wir die Unabhängigkeit der Privatmedien von öffentlichen Zuschüssen sichern. Mehr [HIER](#).

Bürgerentscheid zu Olympia: Riesige Chance für den Freistaat

Wir freuen uns außerordentlich über das deutliche Votum für Olympische und Paralympische Spiele in München. Die Entscheidung ist ein großartiges Signal an unsere zahllosen bayerischen Spitzensportler und eine riesige Chance für den Freistaat. Den Fürsprechern des Vorhabens, das wir mittels Dringlichkeitsantrag im Landtag mit ins Rollen gebracht hatten, ist es innerhalb eines eng gesteckten Zeitfensters gelungen, Münchens Bürgerinnen und Bürger von den zahllosen Vorteilen Olympischer Spiele in der Landeshauptstadt zu überzeugen. Ob Wohnbau, Verkehr, Breitensport oder Stadtgesellschaft: Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion sind überzeugt davon, dass alle vom Boost durch Olympia profitieren werden. Mehr [HIER](#).



“

Das Olympia-Ja ist ein großartiges Signal an unsere bayerischen Spitzensportler und eine riesige Chance für den Freistaat.

”

Florian Streibl
Fraktionsvorsitzender



FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

#ReelDerWoche: Privater Lokalrundfunk in der Krise

Der private Lokalrundfunk in Bayern steht vor großen Herausforderungen: Seit etwa zehn Jahren sind die Hörerzahlen rückläufig – zwischen 2021 und 2025 ging die Tagesreichweite laut BLM-Funkanalyse von knapp 27 Prozent auf rund 22 Prozent zurück.

Bei unserem Parlamentarischen Abend „Privater Lokalrundfunk in der Krise“ haben wir FREIE WÄHLER im Landtag mit Vertretern der bayerischen Lokalradios über Wege aus der Krise und notwendige politische Impulse diskutiert.

[HIER](#) im Reel gibt's nochmal alle Highlights im Schnelldurchlauf.



#Trustfall: Was ist denn hier passiert?

Ob unser rechtspolitischer Sprecher Martin Scharf unserem Parlamentarischen Geschäftsführer Felix Locke vertrauen kann?

HIER gibt's die Antwort.

#StreiblsStandpunkt: Olympia-Bürgerentscheid – so geht direkte Demokratie!

München hat JA gesagt zu Olympia! Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion finden: Die Entscheidung ist ein großartiges Signal an unsere zahllosen bayerischen Spitzensportler und eine riesige Chance für den Freistaat.

Sie zeigt aber auch, wie direkte Demokratie Erfolg haben kann, meint unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl in der neuen Folge #StreiblsStandpunkt.

HIER geht's zum Reel auf Instagram.

Wir wünschen Ihnen eine schöne Woche!

Impressum

Thorsten Glauber, MdL, Staatsminister

Klosterstraße 10

91301 Forchheim

Tel. 09191/6219735

Fax 09191/6219736

thorsten.glauber@fw-landtag.de

www.thorsten-glauber.de